

Care, not Scare City – ein Utopia des Dazwischen

Alisa Beck, Gabu Heindl, Fanja Haybach, Claudia Totschnig

Wir werden mehr ... CARE not SCARE!

Die Umgestaltung der Lebenswelten ist in aller Munde. Sorge-Themen sind ob der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse etwa im Gesundheits- und Sozialbereich und Lücken in der Daseinsversorgung brisant: Arbeitsplatz, Wohnen, Freizeit ... für alltägliche, lebensnotwendige Tätigkeiten fehlt oft die Zeit, der Raum und das Geld. Und dies führt zu massiven Verunsicherungen, die für alle spürbar werden, besonders für diejenigen, die ökonomisch am meisten davon betroffen sind. Die sogenannten „Ängste der Bevölkerung“ werden gegenwärtig politisch und medial breit thematisiert. Ein von Sorge abgekoppelter Sicherheitsdiskurs wird im städtischen Raum und Zusammenleben zunehmend spürbar. Häufig geraten dabei öffentliche Plätze ins Zentrum der Aufmerksamkeit und die Nutzer*innen geraten dabei massiv unter Druck – in Wien betrifft das beispielsweise in jüngster Zeit verstärkt den Gürtel oder den Praterstern.

Im Gegensatz zu Diskursen und Praxen einer *Scare City*, die als Mischung aus Scarcity (Mangel an Ressourcen) und Security („innere Sicherheit“/ Sicherheitsdiskurs) aktuell Raum greifen, stellt der Begriff der *Care City* den Aspekt des *gemeinsamen Sorgens* in den Mittelpunkt, und zwar als Ressource und nicht (nur) als Belastung. Care-Initiativen gehen davon aus, dass gerade im Bereich der (Für-)Sorge gesellschaftliche Transformationen hin zu mehr Miteinander möglich sein sollten, weil Care für alle Menschen unmittelbar erfahrbar ist und Einschränkungen in diesem Bereich sofort spürbar werden.

Im Folgenden wollen wir uns einer Reihe von Fragen widmen: Welche Interessen bündelt das Konzept „Care“? Wie wirken sich der Rückzug des Sozialstaats und die zunehmende Privatisierung aus? Wie werden Sicherheit und Unsicherheit im Stadtraum unterschiedlich wahrgenommen? Was bedeutet die Einführung von Ordnungsdiensten in österreichischen Städten für die aktuellen Zielsetzungen institutioneller Politik? Welche Rolle spielt hierbei – und dem gegenüber – die Arbeit kultureller und sozialer Initiativen? Was ist schließlich die *Utopie* der *Care City*?

Welche Interessen bündelt das Konzept „Care“?

Sorgearbeit als Tätigkeit gibt eine Ahnung davon, wie es wäre, wenn die Zerrissenheit zwischen Arbeit und Leben, zwischen Produktion und Reproduktion, die tief in der gesellschaftlichen – geschlechtlichen – Teilung der Arbeit angelegt ist, aufgehoben wäre. Hier liegt ein Potenzial, das dieses Feld – jenseits des Ringens um verbesserte Daseinsvorsorge – für transformatorische Politik öffnet und mit utopischer Kraft ausstattet. Diesen strategischen „Schatz“ gilt es zu heben.¹

Die Interessen von Mieter*inneninitiativen, Gesundheitsarbeiter*innen, Betriebsgruppen, Elterninitiativen, antirassistischen, queerfeministischen Gruppen, Aktivist*innen in den Bereichen *urban commons*, Ernährungssouveränität und solidarische Ökonomie scheinen auf den ersten Blick sehr verschieden zu sein – **gemeinsam** ist ihnen aber die Forderung, dass im Zentrum des **ökonomischen** und politischen Handelns nicht Profitmaximierung stehen soll, sondern die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisse und Interessen.

Die Diskussion von Sorge-Beziehungen eröffnet uns die Möglichkeit, das, was systematisch in die Unsichtbarkeit, ins Abseits gestellt wird, wieder ins Zentrum zu rücken. Wesentlich ist dabei, die Anliegen von Menschen, die sorgen, und die Anliegen von Menschen, die auf Sorge angewiesen sind, zusammen zu denken – schließlich ist jede*r im Lauf des Lebens immer wieder beides, Care-Geber*in und Care-Nehmer*in. Ein zentrales Thema ist dabei auch die Verfügbarkeit respektive das Fehlen von Räumen, die Artikulation und solidarisches Handeln ermöglichen. Welche „Orte der Versammlung“² stehen uns zur Verfügung?

Gabriele Winker beschreibt das Konzept der Care Revolution³ als politische Transformationsstrategie, die anknüpfend an feministische Erkenntnisse, Sorgearbeit – bezahlte und (oftmals von Frauen in der Familie geleistete) unbezahlte – ins Zentrum stellt und dabei darauf abzielt, das gesellschaftliche Zusammenleben und Miteinander ausgehend von menschlichen Bedürfnissen zu gestalten. (Dafür müssen auch staatliche Care-Dienstleistungen ausgebaut werden.) Voraussetzung dafür ist, dass Menschen so weit von existenziellen Sorgen frei sind, dass sie sich um sich und andere kümmern können. Was not tut, ist eine grundlegende Umverteilung, mit der die Lebensperspektiven aller Menschen abgesichert werden können, und eine Transformation auch dahingehend, die systematische Abwertung, Vergeschlechtlichung und Ethnisierung bestimmter Arbeiten zu durchbrechen.⁴

Für unseren Zugang zum Thema ist zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Care-Begriff notwendig. Das englische *care* können wir auf Deutsch mit dem Begriff *Sorge* übersetzen. Interessant ist dabei, dass sich *Sorge* auf zwei Arten verstehen lässt. *Sich sorgen* kann zum einen bedeuten, für die eigene Person und/oder für andere Sorge zu tragen. Der Duden beschreibt diesen Bedeutungszugang als „Bemühen um jemandes Wohlergehen, um etwas; Fürsorge“. In diesem Verständnis begreifen wir *Sorge* als ein Übernehmen von Verantwortung, ein „Sich-Kümmern“, ein „Sich-umeinander-Kümmern“. Daraus können Unterstützungsleistungen und solidarische Strukturen erwachsen. *Sich sorgen* kann jedoch auch mit Angst assoziiert werden. Der Duden definiert diesbezüglich so: „quälende Gedanken; bedrückendes Gefühl der Unruhe und Angst“. Vorangestellt wird dem noch, in Klammern, dass die Angst „durch eine unangenehme, schwierige, gefährvolle Situation hervorgerufen“ wird.⁵ Diese Zweideutigkeit des Sorgebegriffs ist von besonderer Relevanz, wenn wir den Blick auf die aktuellen Rahmenbedingungen für ein gesellschaftliches Miteinander lenken. Denn hier sehen wir, wie sehr in öffentlichen Diskursen ein angstbestimmter Sorgebegriff dominiert, und es stellt sich (uns) die Frage, was dies für den Alltag einer Stadt sowie für die Utopie einer solidarischen Stadt bedeutet.

Nicht zuletzt grenzen wir unser Care-Konzept entschieden ab von der neoliberalen Strategie der „Selbstsorge“, die dem solidarischen Sorgen, um das es uns geht, regelrecht entgegengesetzt ist. Denn anstelle einer kollektiven emanzipatorischen Praxis kann individualistisches Für-sich-selbst-Sorgen sogar Teil einer ungerechten Stadtentwicklung werden. Ein Beispiel dafür ist das gängige Phänomen, dass diejenigen, die es sich leisten können, in Immobilien, in „Vorsorgewohnungen“ investieren und so zur Privatisierung von Wohnraum beitragen, also zu genau jener Wohnungsmarktentwicklung, die zu unleistbarem Wohnen führt.

Scare City – Wie wirken sich der Rückzug des Sozialstaats und der zunehmende Sicherheitsdiskurs aus?

Der Abbau des Sozialstaats, somit die Schwächung der Vorsorge durch den Staat, u. a. bei Sozialleistungen wie Pensionen und Pflegeleistungen, produziert Verunsicherungen. Diese werden für alle spürbar, besonders aber für die ökonomisch davon Betroffenen⁶. Dieser Abbau der Vorsorge vollzieht sich in der neoliberalen Stadt auf vielen Ebenen, nicht zuletzt auf der stadtplanerischen. Rezente Veränderungen in der Arbeitswelt bewirken, dass viele Menschen keinen fixen Arbeitsplatz mehr haben, der Sicherheit geben und für Zugehörigkeit sorgen könnte. Zugleich werden elementare Daseinsformen wie das Wohnen prekär und oft nur auf Zeit absicherbar. In vielen Städten – auch in Wien – explodieren die Wohnkosten aufgrund von leistbaren Alternativen. Viele müssen aufgrund

befristeter Mietverträge alle drei Jahre ihre Wohnung wechseln, stets in Angst um das, was in der UN-Menschenrechtskonvention unmissverständlich als Menschenrecht artikuliert ist: das Recht auf Wohnung.⁷

Wenn wir uns also das Zukunftsszenario einer *Scare City* weiter ausmalen, sehen wir eine stark verdichtete Stadt vor uns (was an sich gut ist), die nun aber radikal ungleich ist – als Ergebnis von Privatisierung und Umverteilung von unten nach oben und auf engem Raum. Wobei diese Stadt durch ein hochdifferenziertes und gewalttätiges Sicherheitssystem Besitzende vor Nicht-Besitzenden schützt. In der *Scare City* ersetzen Sicherheitsmaßnahmen den Wohlfahrtsstaat.

Sicherheitsdiskurse und -dispositive sind aber schon heute verstärkt präsent im urbanen Alltag. Intensiviert wird dies nicht nur durch kommunal „notverordnetes“ Sicherheitspersonal und -maßnahmen⁸, sondern auch durch die Privatisierung und Kommerzialisierung von öffentlichen Räumen. Bislang konsumfreie Räume, in denen Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen, mit mehr oder weniger hohem Einkommen und sozialem Standing diverse Alltagsthemen teilen und selbstbestimmt verhandeln können, stehen zunehmend im Fokus von Kapitalisierung und damit von privatwirtschaftlich motivierter Kontrolle. Das heißt, dass Stadtentwicklung – und dazu gehört eben zu einem großen Teil auch die Entwicklung öffentlicher Räume – zu einem nicht unbeträchtlichen Teil verantwortlich ist für das Entstehen von Unsicherheit in einem sozialen (nicht kriminalistischen, staatsgewaltlichen oder minderheitenfeindlich aufgeladenen) Sinn: Privatisierung von Stadtraum, Verdrängungsprozesse durch Gentrifizierung – womit nicht zuletzt jene (halb-)öffentlichen oder privaten Stadträume produziert werden, die wiederum durch private Sicherheitsdienste vor jenen Menschen geschützt werden, die daran keinen Anteil mehr haben (sollen).

Wie werden Sicherheit und Unsicherheit im Stadtraum unterschiedlich wahrgenommen? Sicherheitsempfinden selbst ist ein komplexes Konstrukt, und Wien bietet ein gutes Beispiel dafür. Denn Unsicherheit kann auch trotz halbwegs guter Versorgung um sich greifen. Das heißt, es geht um mehr als die „Broken-Windows-Theorie“: Selbst ohne den Anblick zerbrochener Glasscheiben, auch wenn die U-Bahn pünktlich kommt und die MA 48 zuverlässig aufräumt, lässt sich in Wien – wo es wenig Kriminalität gibt, noch relativ viel kommunaler Wohnbau stattfindet und auch das Mindestsicherungsniveau höher ist als in anderen Städten – ein Unsicherheitsdiskurs produzieren. Und dies nicht nur für Konsument*innen der einschlägigen Medien. Für Leute, die ständigen Kontrollen ausgesetzt sind, u.a. Jugendliche, Bettler*innen, Migrant*innen, auffällige Menschen, bedeutet dies vielmehr richtig Stress bis hin zum Zwang, gewisse Plätze in der Stadt zu meiden – denn: Es macht krank, ständig kontrolliert zu werden. (Und für ein Kind reicht schon die Erfahrung, dass sein Papa

ständig kontrolliert wird.) Aber auch mittels Absperrgittern, Zutrittsverboten, Türstehern, bis hin zu den viel diskutierten Parkbänken, die nicht zum Schlafen geeignet sind, wird öffentlicher Raum kontrolliert. Während also im öffentlichen Raum Unsicherheitsempfinden regelrecht konstruiert wird, wird dieses genau dort zugleich für Grundrechtseingriffe missbraucht.¹⁰

Was bedeutet die Einführung von Ordnungsdiensten in österreichischen Städten für die aktuellen Zielsetzungen institutioneller Politik?

Vonseiten der österreichischen Politik wird für das vermeintlich schwindende subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bereits seit einigen Jahren vielerorts mit gesteigerten Sicherheitsmaßnahmen *Sorge getragen*. Der Fokus dieser Maßnahmen auf die lokale, städtische Bürger*innenebene wird besonders in der Einrichtung sogenannter Ordnungsdienste in österreichischen Städten manifest: die *Grätzpolizei* in Wien (ab August 2016), die *Ordnungswache* in Graz (ab 2007) und die *Stadtwache* in Linz (ab 2010).

Die mittlerweile auf alle Bezirke ausgeweitete Grätzpolizei in Wien ist eine Initiative, die im Rahmen des Projekts „GEMEINSAM.SICHER“ des österreichischen Innenministeriums unter dem Motto „HINSEHEN, REDEN, HANDELN“ gestartet wurde. Aufgabe der Grätzpolizei soll es sein, das Sicherheitsgefühl der Menschen zu verbessern und die Kommunikation zwischen Polizei und Bevölkerung durch persönliche Betreuung zu stärken. „Die Menschen in GEMEINSAM.SICHER in Österreich handeln dort, wo die Sorgen sind, auf gleicher Augenhöhe, mit strenger Obacht darauf, dass niemand seinen zulässigen Handlungsraum verlässt“¹¹, heißt es auf der projekteigenen Website. Die Initiative unter Schirmherrschaft des damaligen Innenministers Wolfgang Sobotka heftet sich damit an die Brust, dass sie sich in Gestalt direkter Ansprechpartner*innen („Ihre“ Polizist*innen) um die Anliegen der Bevölkerung kümmert – auch wenn es um alltägliche Dinge geht, die nicht in die Zuständigkeit der Polizei fallen, wie etwa fehlende Beleuchtung oder überhöhtes Müllaufkommen.¹² In Aussagen wie der des Landespolizei-Vizepräsidenten Karl Maher, es solle sich jeder als Sicherheitsbürger [sic!] fühlen, sehen Kritiker*innen einen Anreiz zum „Denunziantentum“¹³. Hier manifestiert sich die problematische und politisch instrumentalisierbare Überschneidung von Sorge-als-Angst und Sich-umeinander-Sorgen.

In den Landeshauptstädten Graz und Linz kommt den dort agierenden Ordnungsdiensten eine besondere Brisanz zu, stehen sie doch in direkter Verbindung zu parteipolitischen und personellen Agenden der FPÖ. Die im Auftrag „für ein geregelteres Miteinander und mehr Sicherheit im Stadtgebiet“ seit 2007 aktive Grazer *Ordnungswache* hat eine Vorgeschichte

in Form der im Wahlkampf 2002 medienwirksam initiierten und dann gescheiterten Bürgerwache.¹⁴ An dieser Entwicklung lassen sich nicht zuletzt die Bemühungen der Stadt um einen Imagewechsel hin zu einer vermittelnden und in Sozialkompetenz professionalisierten Instanz ablesen: „Der große Aufreger ist die Ordnungswache aber schon länger nicht mehr“¹⁵, konstatiert der *Standard* im Oktober 2015.

Auf anhaltenden Widerstand trifft die 2010 in Linz auf Drängen der FPÖ (mit Unterstützung der ÖVP und später auch der SPÖ) und im Anschluss an die Gemeinderatswahl 2009 etablierte Stadtwache. Als Tochtergesellschaft mit beschränkten Haftungen stand sie von Beginn an unter der Leitung des Linzer Stadtrats für Sicherheit und Ordnung, des ehemaligen Obmanns der oberösterreichischen FPÖ-Jugend und schlagenden Burschenschafters Detlef Wimmer.¹⁶ In den Fokus der Kritik rückten die Befugnisse der Stadtwache in Bezug auf das Bettelverbot und den diskriminierenden und repressiven Umgang mit angeblich verdächtigen Personen im öffentlichen Raum: „Nach wenigen Wochen hat sich keiner mehr um die juristischen Grundlagen geschert, vor allem, wenn es um Bettler [sic!] ging“ und „Wir haben uns in Grauzonen bewegt?“ zitiert *profil* zwei ehemalige Mitarbeiter*innen des Stadtwache-Ordnungsdienstes Linz.¹⁷ Von Anfang an stellte sich die Bürger*inneninitiative „Linz braucht keine Stadtwache“ gegen die Stadtwache und eine rechte Law-and-Order-Politik. Als kritische Plattform „für eine soziale, lebendige und offene Stadt“ dokumentiert und kommentiert diese Bürger*inneninitiative kritisch aktuelle Entwicklungen der Stadtwache auf ihrer Website. Mit der Meldestelle „Ärger mit der Stadtwache?“ und der Stadtwache-Fibel stellt die Initiative offen zugängliche Tools zur Verfügung, die Beteiligung der Stadtbewohner*innen ermöglichen und über Befugnisse des Ordnungsdienstes („Was ist die Stadtwache eigentlich?“) sowie über Rechte der Bürger*innen („Muss ich der Stadtwache meinen Ausweis zeigen?“) grundlegend informieren.¹⁸

Damit hakt die Initiative „Linz braucht keine Stadtwache“ bei der Instrumentalisierung des Sorgebegriffs ein, die nicht zuletzt auch von medialen Bedrohungsszenarien unterfüttert wird. Im Zuge der jüngsten Wahlkämpfe auf Bundes- und Landesebene (man erinnere sich an die Wahlkämpfe für das Amt des Bundespräsidenten 2016 sowie an die Nationalratswahlen 2017) wurde von Politiker*innen verstärkt propagiert, die Sorgen der Bürger*innen ernst zu nehmen. Wenn dies in erster Linie die finanzielle Stärkung und Ausweitung (ersatz-)polizeilicher Strukturen auf Ebene alltäglichen Zusammenlebens bedeutet, zeugt das nicht nur von einem Unverständnis bestehender gesellschaftlicher Strukturen, sondern auch von einer verdrehten Logik: „Statt sozial- und bildungspolitisch die Stadt weiter voranzubringen, wird auf Probleme mit einer einseitigen und teuren Sicherheitspolitik geantwortet.“¹⁹

Welche Rolle spielt die Arbeit kultureller und sozialer Initiativen?

Im Sinne eines politischen Kulturbegriffs und mit einem Blick auf solidarische Praxen wollen wir der Instrumentalisierung des Sorgebegriffs die Potenziale von Sozial- und Kulturarbeit gegenüberstellen. So spricht beispielsweise Thomas Diesenreiter als Mitglied der Bettelobby Oberösterreich von einer Farce der Law-and-Order-Politik, die Probleme nur verschiebe, anstatt sie zu lösen. In Reaktion auf den Vorschlag der Linzer FPÖ im September 2017, Mitarbeiter*innen der Linzer Stadtwache auch als Sozialarbeiter*innen einzusetzen und entsprechend zu schulen, verweist er auf die Absurdität, Zusatzschulungen für Sozialeinheiten in der Stadtwache zu fördern, wo seit Jahren kein Geld für Sozialarbeit vorhanden zu sein scheint.²⁰ Sozialaufgaben und Strafaufgaben ließen sich, betont Diesenreiter, nicht vereinen, gäbe es hier doch einen Widerspruch zum Vertrauensgrundsatz in der Sozialarbeit.²¹

Im rot-grünen Regierungsprogramm von 2015 ist von „Kultur der Inklusion“, von „Kultur der Partizipation“ und von einer „aktivierenden Kulturpolitik“ die Rede. Denn, so wird festgehalten: „Gesellschaften werden von Konflikten und Bruchlinien durchzogen. Kulturpolitik muss diese thematisieren und sich für eine soziale und liberale Stadt einsetzen.“ Es wird weiters anerkannt, dass Kulturpolitik mit Stadtentwicklung zusammen gedacht werden muss; es brauche lokale Vernetzung, Raum für Austausch und Teilhabe. Die Rede ist von Vielfalt, Freiräumen und Inklusion.²² Zwei Jahre später ist von dieser Programmatik dezentraler Kulturpolitik leider wenig sichtbar geworden. Der seit 16 Jahren amtierende Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny hat zwar in seiner Zuständigkeit für digitale Agenden die App „Sag’s Wien“ ins Leben gerufen, um Formen von Kommunikation, die demokratisierende Effekte haben, zu intensivieren.²³ Die lange bestehende Forderung von Kunst- und Kulturschaffenden sowie ihrer Interessenvertretungen nach ernsthaftem Dialog zur Beteiligung an der Entwicklung neuer Maßnahmen und Förderschienen bleibt jedoch nach wie vor unbeantwortet. Nach zwei Expert*innenrunden hinter verschlossenen Türen und einer Schwerpunktsetzung der zweiten Auflage des Förderprogramms SHIFT sind seitens der Politik zudem keine wesentlichen Konzepte zu dezentraler Kulturarbeit verlaublich worden.

Der Nationalratswahlkampf 2017 hat gezeigt, dass dem politischen Potenzial von Kulturarbeit wenig Relevanz zugeschrieben wird. Oder erinnert sich eine*r an Argumentationen zur Kulturpolitik in einer der zahlreichen TV-Diskussionen der Spitzenkandidat*innen? Die seit Dezember 2017 amtierende ÖVP-FPÖ-Regierung scheint Kultur zunehmend auf Hochkultur und Brauchtum zu reduzieren. Letzteres war denn nun auch die einzige politische Konnotation von Kultur im Wahlkampf: Die FPÖ propagiert Kultur als etwas Autochthones, das es zu schützen gilt.

Diesem Kulturbegriff wollen wir ein Verständnis von Kultur als etwas entgegenhalten, das in und auf gesellschaftliche(n) Strukturen wirkt. Dezentrale Stadt- und Kulturarbeit versteht die IG Kultur Wien als „Teilhabe und Mitgestaltung am sozialen, politischen und kulturellen Leben der Stadt für alle – unabhängig von Wohnort, Herkunft und sozialem Hintergrund“²⁴ Dies umfasst außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit ebenso wie Initiativen der Sozialarbeit bis hin zu offenen Kulturräumen und Nachbar*innenschaftsnetzwerken. Denn Kultur kann nicht unabhängig von Stadtentwicklung, Bildung und Sozialem gedacht werden. Queere und feministische Positionen sind ebenso explizit einzubeziehen wie transkulturelle. Hierin liegt das Potenzial, tatsächlich vertrauensbildende Maßnahmen und soziokulturelle Aktivitäten lokal zu verankern. Wir schlagen damit auch einen Sorge-Begriff vor, der das „Sich-umeinander-Kümmern“ und „Verantwortung übernehmen“ weniger im Sinne von Fürsorge und Prävention versteht, sondern als kollektive, emanzipatorische Praxis.

Initiativen dezentraler Stadt- und Kulturarbeit in Wien (und andernorts) leisten seit Jahren wertvolle Arbeit in Grätzln und agieren damit an der Schnittstelle brisanter Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Damit diese Strukturen jedoch nachhaltig etabliert werden und wirken können, braucht es langfristige Förder- und Raumstrukturen. Hinter Worten wie Vielfalt, Teilhabe und sozialer Absicherung²⁵ müssen auch umfassende politische Konzepte stehen, die sich budgetär und strukturell niederschlagen. Doch die Finanzierung von Ordnungsdiensten scheint legitimer zu sein als die Förderung unabhängiger Kultur-, Bildungs- und Sozialarbeit. Heute, da sich in Diskursen und Förderstrukturen der Kulturpolitik ein Fokus auf Kreativwirtschaft bemerkbar macht, wird es immer wichtiger, gemeinnützige Projekte und Initiativen zu stärken. Diese füllen kontinuierlich Lücken, die durch den Abbau des Sozialstaats entstehen. In Kultur- und Sozialarbeit, in zivilgesellschaftlichem Engagement steckt damit jedoch das Dilemma, dass die Akteur*innen, im ständigen Bemühen, Konflikte abzufedern, sich als Teil einer Befriedungstechnik wiederfinden. Zugleich ist Teilhabe oder auch Selbstverwaltung oft strukturell erschwert für diejenigen, die existenziell bedroht und marginalisiert sind.

Was ist die Utopie der Care City?

In der Utopie der *Care City* wird anstelle von Sicherheitsmaßnahmen in die Ausweitung und Öffnung des Sozialstaats investiert: in seine Reichweite wie auch seine Offenheit für Eigeninitiative und Self-Empowerment. Neben dem Wiedereinfordern von Errungenschaften, die schon einmal Ergebnisse von sozialen Kämpfen waren – etwa gemeinwohlorientierte, selbstverwaltete Institutionen, leistbare bzw. nicht-kommerzialisierte

Räume für Nachbarschaften, nicht-profitorientierte Wohnbauvereinigungen, Wohnungssicherheit (Kündigungsschutz) etc. – geht es darum, diese Bestände zugleich zu verändern. Und das heißt auch: zu beheben, was sich in ihnen an undemokratischen Ausschlüssen und Ausgrenzungen gehalten oder gebildet hat. Das ist das Moment des Reparierens, des *repair* in Verbindung mit Care.²⁶ Darüber hinaus gilt es, mehr und Neues anzupfeilen. Wenn Stadt seit jeher ein Synonym für Freiraum ist, dann müssen ausreichend Naherholungsgebiete und Räume ohne Konsumzwang nicht nur erhalten und verteidigt werden, sondern es müssen, zumal parallel zur Verdichtung von Städten (etwa von Wien), auch neue entstehen.

Über solch ein quasi Schritthalten von Care-affinen Räumen mit dem Wachstum und der Verdichtung von Städten hinaus zeichnet sich ein genuin utopisches Moment ab, wie wir es mit dem *Utopia des Dazwischen* im Titel unseres Beitrags ansprechen. Hier kommen mehrere Arten von Dazwischen und auch mehrere Bedeutungen von Utopie ins Spiel. Unsere kooperative Veranstaltungsserie *Utopia des Dazwischen*²⁷ zielt auf ein Verlinken von Institutionen, Akteur*innen und Diskursen, anfangs vor allem auf Alternativen zu Gentrifizierung, zu Zwischennutzung konzentriert; daraus ist nun unter anderem eben unser Care-Fokus hervorgegangen.

Es liegt auf der Hand, dass es uns bei der Frage nach Care-Utopien nicht um die Ausmalung von perfektionierten Idealzuständen geht. Sondern eben um ein *Utopia des Dazwischen*. Wir übernehmen diese Formulierung aus dem Schlusssatz von *History. The Last Things Before the Last* (orig. 1969), des letzten Buchs des Soziologen, Geschichtsphilosophen und Massenalltags-Kritikers Siegfried Kracauer. Bei ihm meint dieser Ausdruck die unerschlossenen Möglichkeiten, die in übersehenen, übergangenen Zwischenräumen der Geschichte (von Macht-Erzählungen und Erfolgsgeschichten) stecken. Mindestens ebenso nahe ist uns die Art von Zwischen, nämlich zwischen Gesellschaften und den Individuen in ihnen, auf die Bini Adamczak mit ihrem Konzept der „Beziehungsweisen“²⁸ aufmerksam macht; und die stellt Adamczak wiederum in die Perspektive von Revolution oder von Revolutionierungen, die vielgestaltige (und nicht heroisch „große“) Momente von Utopie-Formulierung sind.

Schließlich ist das Dazwischen für uns auch eines, das sich auftut zwischen der verwirklichten Utopie einer gänzlich solidarischen, füreinander sorgenden Stadt einerseits und unserem gegenwärtigen neoliberalen Zustand andererseits. Die heutige Vorherrschaft von Konkurrenz-Ideologie, mit ihrem Schlechtreden von kollektiven Einrichtungen, bewirkt, dass einige fürsorgestaatliche und demokratisch-öffentliche Errungenschaften, die in den 1970er- und 1980er-Jahren als Normalzustände etabliert waren, heute schon fast utopisch anmuten. Dennoch geht es nicht um nostalgisches Nachbauen des Sozialstaats. Sondern eher um das, was mit *Care Revolution* gemeint ist: nämlich um ein Versammeln von lokalen Initiativen, die sich

für allgemeine (nicht individuelle) Existenzsicherheit, für den Ausbau sozialer Infrastruktur sowie für Demokratisierung und Selbstverwaltung des Care-Bereichs einsetzen, und um Allianzbildungen; sowohl zwischen den Initiativen – in ihrer Pluralität und Verschiedenheit, aber nicht zersplittert – als auch zwischen der Care-Arbeit und einer Stadtplanung, die dem Neoliberalismus kritisch gegenübersteht. Das Dazwischen von Bottom-up-Aktivität und Lokalregierungen ist also ebenfalls Gegenstand unseres utopischen Anvisierens.

Das Potenzial einer *Care City* liegt also darin, kollektive Räume des füreinander-Sorgens zu artikulieren, zu stärken und zu vervielfältigen, somit Care-Erfahrungen als zentrale Aspekte von Sicherheit zu positionieren – und so nicht zuletzt Hetze, Angstmacherei, Rassismus und Diskriminierung entgegenzutreten.

Graffiti im 16. Bezirk, Foto: Claudia Totschnig (2018)

